



## Politik

### Taiwan begrüßt Treffen von Donald Trump und Xi Jinping



Das Präsidialamt in Taipeh begrüßte das Treffen zwischen US-Präsident Donald Trump und Chinas Staatspräsident Xi Jinping, denn jede Initiative, die zur regionalen Stabilität beiträgt und Konfliktrisiken reduziert, ist positiv, hieß es aus Taipeh.

Sprecherin Karen Kuo dankte den USA für ihre langjährige Unterstützung von Taiwans Sicherheit und Demokratie und verwies auf gemeinsame Erklärungen der Außenminister der USA, Japans und Südkoreas während der UN-Generalversammlung im September. Auch beim Treffen zwischen Japans Premierministerin Sanae Takaichi und Donald Trump am 28. Oktober sei die Bedeutung der Stabilität in der Taiwanstraße erneut bekräftigt und einseitige Veränderungen des Status quo abgelehnt worden.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Gipfel der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) schloss Kuo mögliche Begegnungen des taiwanischen Vertreters Lin Hsin-i mit Trump oder Takaichi nicht aus. „Jegliche Kontakte, sei es mit Staatschefs oder deren Vertretern, werden sich auf natürliche Weise ergeben“, so Kuo.

Die Delegation plant zudem aktive bilaterale Gespräche und informelle Treffen mit Mitgliedstaaten.

Zu innenpolitischen Debatten merkte die Sprecherin an, dass die Haltung der neu gewählten Kuomintang-Vorsitzenden Cheng Li-wun gegen eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets nicht nachvollziehbar sei.

„Investitionen in die Verteidigung sind keine Provokation, sondern eine Investition in Frieden“, sagte sie. Ferner wies sie darauf hin, dass Chinas militärische Aktivitäten eine reale Bedrohung darstellten. Auch im Vorfeld des APEC-Treffens in Gyeongju, Südkorea, führe China weiterhin militärische Übungen durch. Daher passen nicht nur Taiwan, sondern auch andere Länder in der Region ihre Verteidigungsbudgets an.

### Taiwans Botschafter: „Die UNFCCC sollte Taiwan zur gemeinsamen Bekämpfung des Klimawandels einladen“

Taiwans Botschafter in Deutschland, Dr. Klement Gu, erklärte in einer aktuellen Pressemitteilung, dass Taiwan zur 30. Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC (COP

30), die vom 10. bis 21. November in Brasilien stattfindet, eingeladen werden sollte, um gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft den Klimawandel zu bekämpfen.

Laut Gu hatte das Europaparlament im letzten Oktober mit großer Mehrheit dafür gestimmt, Taiwans Beteiligung an internationalen Organisationen - wie der UNFCCC - zu unterstützen.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt laut ihrer China-Strategie von 2023 und auch ihres Koalitionsvertrags von Mai 2025 die Teilnahme Taiwans an internationalen Organisationen. Er wünsche sich sehr, dass Deutschland noch mehr Engagement für eine sinnvolle Beteiligung Taiwans an der UNFCCC zeige, so der Botschafter.

### Interview mit Taiwans Vizepräsidentin im ARD-Programm „Weltspiegel“



Taiwans Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim erörterte in einem Fernseh-Interview für die ARD-Sendung *Weltspiegel* am 26. Oktober Themen wie die erweiterte Zusammenarbeit zwischen Taiwan und Deutschland, Taiwans Maßnahmen zur Verteidigung sowie die Beziehungen über die Taiwanstraße.

Die Taiwanerinnen und Taiwaner sind nach Hsios Worten entschlossen, ihre Freiheit und demokratische Lebensweise zu verteidigen, während sie mit militärischen Drohungen und hybrider Nötigung durch die VR China konfrontiert sind.

Außerdem werde Taiwan zielstrebig, die Kapazitäten für Selbstverteidigung stärken sowie Frieden und Stabilität in der Region schützen, ergänzte sie.

Taiwan gehöre den Taiwanern, die VR China habe Taiwan nie regiert, und Taiwan sei nicht Teil der VR China. Jegliches Verhalten, das den Frieden in der Region untergrabe, gehe auf Peking zurück, prangerte Hsiao an und appellierte an die Weltgemeinschaft, die chinesischen Drohungen von Gewaltanwendung gegen Taiwan zurückzuweisen.

Taiwan sei offen für Dialog mit Peking, wenn dieser auf beiderseitigem Respekt und gegenseitiger Würde basiere. Ferner hob Hsiao hervor, wie wichtig es sei, den Status quo in der Taiwanstraße, der beiden Seiten und der internationalen Gemeinschaft nütze, zu wahren.

In Bezug auf die deutsch-taiwanischen Beziehungen dankte die Vizepräsidentin Bundesaußenminister Johann Wadephul dafür, unlängst dringlich auf die Bedeutung von Frieden und Stabilität in der Taiwanstraße hingewiesen zu haben. Die Unterstützung durch die Bundesregierung auf internationalen Schauplätzen wisse Taiwan außerordentlich zu schätzen, betonte sie.

Nach Hsios Worten sei Deutschland einer von Taiwans größten Handelspartnern in Europa, und sie freue sich darauf, die bilaterale Kooperation auszuweiten und das Welthandelssystem gemeinsam zu verteidigen. Taiwan spiele eine maßgebliche Rolle in der internationalen Lieferketten-sicherheit, was wiederum von der Taiwanstraße abhängt. Sie rief die Weltgemeinschaft dazu auf, gegenüber jeglicher Bedrohung von Frieden und Stabilität in der Indo-Pazifik Region wachsam zu bleiben.

### Jahresversammlung des europäischen Formosa Club in Taipeh



Am 27. Oktober fand in Taipeh erstmals die Jahresversammlung des Europa-Regionalverbandes des Formosa Club - einer überparteilichen Gruppierung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern statt, die sich für bessere Beziehungen mit Taiwan einsetzen.

An der Veranstaltung nahmen Abgeordnete des Europaparlaments (EP) und Parlamentarier aus 17 Ländern teil, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Tschechien.

Außenminister Lin Chia-lung erklärte bei der Eröffnung, der Formosa Club habe seit seiner Gründung 2019 demokratische Solidarität und energische Unterstützung für Taiwan gezeigt. Angesichts globaler Unsicherheiten sei Taiwan entschlossen, die auf Werten basierende Außenpolitik zu fördern, wirtschaftliche Sicherheit zu verbessern, die Verteidigungskapazitäten zu stärken und Partnerschaften mit europäischen Ländern zu vertiefen, ergänzte er.

Laut des Vorsitzenden der Jahreskonferenz und Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des EP, Rihards Kols, ist der Club ein maßgebliches internationales Forum, um Taiwans Einbeziehung in internationale Institutionen zu erörtern sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und wirtschaftlicher Nötigung zu formulieren.